

Markus Groth

Verpackungsabgaben und Verpackungslizenzen als Alternativen zur Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Einweggetränkeverpackungen?

Die Diskussion um die Pfandpflicht auf Einweggetränkeverpackungen ist auch vier Jahre nach ihrer Einführung noch nicht zur Ruhe gekommen und weiterhin durch politische Aufmerksamkeit geprägt. Der Autor, der dem bestehenden System insbesondere hinsichtlich seiner umweltpolitischen Zielerreichung kritisch gegenübersteht, entwickelt nach einer praxisorientierten Analyse eigene Vorschläge und Handlungsempfehlungen zur nachhaltigen Lösung des Verpackungsproblems.

Zusammenfassung

Nachdem die Mehrwegquote im Bereich der Getränkeverpackungen im Jahr 1997 unter den in der Verpackungsverordnung festgeschriebenen Referenzwert von 72 % abgesunken war, bestand umweltpolitischer Handlungsbedarf. Um dieser unerwünschten Entwicklung entgegenzuwirken, wurde am 1. Januar 2003 in Deutschland eine kontrovers diskutierte Pfandpflicht für ökologisch nachteilige Einweggetränkeverpackungen eingeführt. In diesem Zusammenhang zweifelt der Autor - aufbauend auf bisherigen Arbeiten und unter Einbeziehung bislang verfügbarer Daten zur Entwicklung der Mehrwegquote - dass die in Deutschland gewählte Ausgestaltung der Pfandpflicht ein wirkungsvolles Instrument zur Förderung ökologisch vorteilhafter Getränkeverpackungen darstellt. Vielmehr ist zu erwarten, dass diese ökologischen Ziele durch eine Neuausrichtung des umweltpolitischen Vorgehens weitestgehend adäquater erreicht werden können. Demzufolge besteht 10 Jahre nach dem erstmaligen Unterschreiten der relevanten Mehrwegquote erneut ein zunehmender umweltpolitischer Handlungsbedarf. Den Schwerpunkt der Untersuchung bildet die praxisbezogene Analyse der Ausgestaltungs- und Umsetzungsmöglichkeiten sowie der Wirkungshypothesen von Verpackungsabgaben und Verpackungslizenzen als alternative umweltpolitische Instrumente. Als Ergebnis der Instrumentendiskussion werden abschließend und vor dem Hintergrund der nunmehr fünften Novellierung der Verpackungsverordnung Handlungsempfehlungen für das weitere umweltpolitische Vorgehen aufgezeigt.

Summary

The deposit for one-way beverage packaging, embodied in the German packaging ordinance of 1991, entered into force in January 2003, after the condition for its implementation was given by the fall of the ratio of reusable drink packaging under 72 per cent in 1997. In this context the author doubts - referring to former studies and including so far available data for the development of the multi-path ratio - that the arrangement of the deposit selected in Germany is an effective instrument to support ecologically favourable beverage packaging. Rather it is to be expected that these ecological goals can be achieved more adequately by a reorientation of the specific environmental policy. Hence it needs to be considered that even ten years after the first time decrease of the relevant multi-path ratio an increasing environmental policy need for action exists in Germany. Therefore this analysis related to practice mainly deals with the arrangement and conversion possibilities as well as with the effect hypotheses of packaging-taxes and packaging-licenses as alternative instruments. As results of the study, and against the background of the fifth amending of the packaging ordinance, practical recommendations on further need for action within the German environmental policy are pointed out.

Dr. Markus Groth ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Nachhaltigkeitsökonomie der Leuphana Universität Lüneburg (E-Mail: groth@uni-lueneburg.de).